

EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Gremien & Aktionärsbeziehungen
Durlacher Allee 93
76131 Karlsruhe

E-Mail: hauptversammlung2026@enbw.com

Köln, 22.04.2026

**Gegenantrag des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
zur virtuellen Hauptversammlung der EnBW Energie Baden-Württemberg AGAG
am 7. Mai 2026**

Zu Tagesordnungspunkt 3: Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2024

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, den Mitgliedern des Vorstands die Entlastung zu verweigern.

Begründung:

Der Vorstand der EnBW kommt weiterhin nicht seiner Verantwortung nach, wirksamere Maßnahmen für den Klimaschutz umzusetzen und verletzt die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten in der Lieferkette.

Im Geschäftsjahr 2025 hat EnBW AG immer noch rund 50 Prozent des Umsatzes aus der Verbrennung fossiler Energien erwirtschaftet. Das zeigt eine Analyse von urgewald auf Basis der Global Coal Exit List (GCEL) und der Global Oil and Gas Exit List (GOGEL).

EnBW: Fossiler Rollback statt Blick in die Zukunft

Noch dazu hat EnBW den Anteil von Kohle an seiner Stromerzeugung zuletzt deutlich erhöht, von rund 23 % im Jahr 2024 auf rund 33 % im Jahr 2025. EnBW sollte jetzt schnell und klar den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2028 umsetzen - und nicht weiter verzögern.

Zudem richtet EnBW seinen strategischen Fokus zunehmend auf den Ausbau des fossilen Gasgeschäfts: Der Konzern plant aktuell laut einer GOGEL-Analyse den Ausbau von Gaskraftwerkskapazität in Höhe von mindestens 2,19 Gigawatt. Parallel dazu setzt sich das Unternehmen gegenüber der deutschen Bundesregierung für einen massiven Ausbau von Gaskraftwerkskapazitäten ein, während Batteriespeicher nach Wunsch des Konzerns lieber von den Ausschreibungen ausgeschlossen werden sollten.

BAFA-Beschwerde wegen zerstörerischen LNG-Importverträgen

Auch im Bereich LNG hält EnBW weiter an zerstörerischen LNG-Importverträgen mit den Zulieferern Venture Global aus den USA und ADNOC aus den VAE fest. Die Deutsche Umwelthilfe hat im Januar 2026 Beschwerde gegen EnBW beim BAFA auf Grundlage des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) eingereicht. Gegenstand der Beschwerde sind menschenrechtliche und umweltbezogene Verstöße gegen die Sorgfaltspflicht entlang der US-Fracking-Lieferketten.

EnBW trägt die Verantwortung für die Folgen seiner langfristigen LNG-Lieferverträge mit Venture Global, das Exportterminals betreibt und Fracking-Gas aus den Permbecken im Süden der USA bezieht. Der Bau und der Betrieb von US-LNG-Exportterminals verschärfen die Klimakrise und sind mit großen Belastungen für Luftqualität, Ökosysteme, Gesundheit und die lokale Fischerei verbunden. Bislang hat EnBW nur unzureichende Maßnahmen zur Risikominderung ergriffen – trotz wiederholter Verstöße ihres unmittelbaren Zulieferers Venture Global gegen Umweltauflagen und gesetzliche Vorgaben.

Der Irankrieg und die globalen steigenden Preise zeigen, mit welchen geopolitischen, ökonomischen, ökologischen und menschenrechtlichen Problemen der Import von LNG verbunden ist. So musste die Gas-Tochtergesellschaft von ADNOC als Reaktion auf die anhaltenden Beeinträchtigungen des Schiffsverkehrs in der Straße von Hormus „vorübergehende Anpassungen“ bei der Produktion und dem Export von LNG vornehmen.

Steinkohle: Kolumbien als Hauptquelle

Kolumbien ist derzeit der wichtigste Lieferant für die Kohlekraftwerke der EnBW. Nach einem Rückgang 2024 stieg die Importmenge 2025 deutlich auf ca. 1,9 Mio. Tonnen an. Damit deckt Kolumbien etwa 65 % des Gesamtbedarfs der EnBW (2,9 Mio. Tonnen) ab und liegt weit vor den USA (0,47 Mio. Tonnen).

Vertreibung und Landrechte

In Tagebauen wie Cerrejón kam es in der Vergangenheit zu teils gewaltsamen Umsiedlungen indigener und afrokolumbianischer Gruppen. Obwohl das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) widerrechtliche Räumungen untersagt, wird kritisiert, dass EnBW zu wenig Druck auf Minenbetreiber für angemessene Entschädigungen oder Landrückgaben ausübt.

Recht auf Wasser und Gesundheit

Der Kohleabbau in der trockenen Region La Guajira verbraucht enorme Wassermengen und erfordert Flussumleitungen (z. B. Arroyo Bruno). Dies führt zu akutem Wassermangel und Gesundheitsschäden bei der lokalen Bevölkerung durch Feinstaub und Schwermetalle. Das LkSG verpflichtet EnBW, solche Beeinträchtigungen der Gesundheit und des Wasserzugangs zu verhindern.

Bedrohung von Gewerkschaftern

Da Kolumbien für Aktivisten und Gewerkschafter als hochgefährlich gilt, greift hier die Präventionspflicht der EnBW: Das Unternehmen muss sicherstellen, dass Zulieferer die Koalitionsfreiheit achten und Kritiker der Minen nicht bedroht werden.

Strategische Kritik

Die fossile Strategie der EnBW widerspricht den eigenen Transformationszielen sowie der notwendigen geopolitischen Resilienz. Kritiker fordern, den Fokus konsequent von fossilen Brennstoffen auf den für die Energiewende essenziellen Ausbau erneuerbarer Energien zu verlagern.